

DIE LINKE.

16. März 2009

Ein "ökologische Keynesianismus" - Idee und kein Projekt

Von Elmar Altvater

Die Gelegenheit scheint günstig. Die marktgesteuerten Entdeckungsverfahren mit ihrer bejubelten innovativen Kraft haben direkt zur Carambolage geführt. Der bei der Anwendung der Lehren des Neoliberalismus angerichtete Schaden ist riesig. In der Finanzkrise und in der anschließenden allgemeinen Wirtschaftskrise ist so viel Kapital vernichtet worden, dass selbst steinharten Kapitalisten die Tränen kommen und die eingefleischtesten liberalen Marktschreier nach dem Staat rufen. Ohne Staatsknete droht vielen Unternehmen die Pleite. Der aus der Gesellschaft entbettete und aus politischer Regulation liberalisierte Markt mit Marktakteuren, die völlig abgehoben "seem to be living in another universe" (International Herald Tribune, 31.1.09, S. 11), wird also unter Staatsaufsicht gestellt. Selbst das private Eigentum ist nicht unantastbar; es wird von den privaten Eigentümern dem Staat angeboten. Dieser soll die fast wertlosen Papiervermögen des Finanzsektors in einer staatlichen Schrottbank sammeln und im Gegenzug die Privaten, die in wilder Spekulation das Vermögen verspielt haben, mit gutem Zentralbankgeld ausstatten. Ist anders der Kapitalismus nicht zu retten?

Vom "finanzgetriebenen" zum "staatsgetriebenen" Kapitalismus

Wenn das private Eigentum keinen Rechtstitel auf private Aneignung verbürgt, ist es wertlos und eher Last als Lust. Dem tragen auch banale Bilanzierungsregeln Rechnung: ein Kredit, der nicht ordentlich bedient wird, muss wertberichtigt, abgeschrieben werden. Das verlangt die Finanzaufsicht. Allein in den USA betragen nach Angaben des IWF im "Global Financial Stability Report" vom Oktober 2008 die potentiell "toxischen" Außenstände 23.200 Mrd USD, von denen schon nahezu 3000 Mrd. USD als Verluste abgeschrieben werden mussten (IMF 2008: 15).

Die Krise schließt eine beispiellose Bonanza ab. Die Deregulierung der Finanzmärkte seit den 1970er Jahren erlaubte die Umlenkung von Einkommensströmen von den Kontrakteinkommen und industriellen Profiten zu den Renditen der Shareholder und finanziellen Spekulanten, aus der realen in die finanzgetriebene Ökonomie und zugleich von unten nach oben. Für die besser Situierten war der finanzmarktgetriebene Kapitalismus ein Eldorado, in dem man noch nicht einmal mit der Schippe nach Gold schürfen musste, sondern am PC die Kontobewegungen des Geldes verfolgen konnte. Doch dann ist die Spekulationsblase geplatzt, und das Eldorado leichten Geldes wurde geschlossen.

Inzwischen hat die Krise "systemische" Dimensionen erreicht, obwohl das kapitalistische System insgesamt nicht in Gefahr ist. Es fehlen koordiniert und selbstbewußt operierende Akteure, die in breiter Front Alternativen glaubhaft entwickeln können und auch durchzusetzen vermögen. Dennoch ist die ökonomische Stabilität gründlich unterminiert. Auch die Hegemonie des Kapitals wird mit der Krise des Neoliberalismus in Zweifel gezogen, zumal nun alte keynesianische Vorstellungen neue Anziehungskraft gewinnen und massive Staatseingriffe nicht mehr tabu sondern en vogue sind. Hunderte von Milliarden US-Dollar und Euro fließen jeweils in den USA, in der EU, in China und anderswo in Rettungsfonds für Banken und große Unternehmen. Damit werden Verluste ausgeglichen, die, wenn sie realisiert werden müssten, zum Untergang des global

operierenden Bankensystems und zum Zusammenbruch von großen Unternehmen führen würden - und in einigen Fällen tatsächlich geführt haben. Das markanteste Beispiel ist die Pleite einer der ganz großen Investmentbanken, von Lehmann Brothers im September 2008. Das kann als ein Damenopfer im großen Schachspiel Bernankes, anderer Zentralbanker und der US-Regierung gegen das Krisengespenst interpretiert werden. Ob das Opfer angenommen wird und die Krise sich grollend hinter den Limes zurückzieht, der Finanzwelt und reale Ökonomie scheidet, darf füglich bezweifelt werden. Sicher ist jedenfalls, dass der sich mit astronomischen Geldgeschenken an den Finanzsektor ankündigende staatsgetriebene Kapitalismus nicht besser ist als der in der Krise kollabierte Finanzmarktgetriebene neoliberale Kapitalismus.

Der Staat wird also ins Spiel zurückgeholt, aus dem er in den Jahrzehnten des Neoliberalismus vertrieben worden war, und es werden ihm rote Teppiche ausgebreitet: "Wer marode Geldhäuser retten will, muss sie zeitweise verstaatlichen" (Ulrich Schäfer in SZ, 6.2.09). Doch welche Rolle wird der Staat spielen? Die Bush-Leute haben, wie nicht anders zu erwarten, den Staat kaltschnäuzig als Melkkuh für ihre großkapitalistische Klientel benutzt; schließlich zeichnet den Staat aus, dass er über das Steuermonopol verfügt, und Steuern brauchen die maroden Banken, weil die Zinszahlungen ihrer Kunden weggebrochen sind und daher deren Kredite faul wurden. Nicht bediente Kredite müssen nach einer gewissen Frist aus den Büchern genommen werden. Der Finanzminister Paulson hatte trotz seiner marktliberalen Gesinnung keinerlei Probleme, den Steuerstaat als Bürgen für private Banken einzusetzen, solange der Steuerstaat nicht steuernd in das "Börsenspiel der Bankokraten" (Marx) eingreift. Das ist die Fortsetzung der "Akkumulation durch Enteignung" (David Harvey 2005) mit Hilfe des legitimen staatlichen Zugriffs auf die Einkommen der Bürger. Diejenigen, die diese Strategie verfolgen, haben noch vor dem Ausbruch der Krise für Steuererleichterungen und gegen die Steuerlast eines ausufernden Steuerstaats gut finanzierte Kampagnen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung initiiert und sie plädieren auch heute für Steuererleichterungen als Mittel der Konjunkturankurbelung. Steuererleichterungen für "die da oben" und höhere Steuerlasten zur Finanzierung der Rettungspakete für "die da unten". Sie nehmen in Kauf, dass dies makroökonomisch die ineffizienteste Maßnahme zur Überwindung einer Krise ist. Denn niemand garantiert, dass die infolge einer Steuersenkung höheren privat verfügbaren Einkommen auch nachfragewirksam ausgegeben werden. Gerade wenn höhere Einkommensbezieher davon profitieren, ist es wahrscheinlich, dass Mittel gespart und zur Konsolidierung der Vermögensbilanzen benutzt werden und nicht in den Konsum fließen. Der regressive Umverteilungseffekt ist ihnen wichtiger als die ökonomische Effizienz.

Viel bedeutsamer als die kurzfristigen sind die langfristigen Effekte eines neuen Staatsinterventionismus. Keynes konnte noch davon ausgehen, dass es genügend Investitionsgelegenheiten für private Investoren gab, und dass es vor allem darauf ankam, mit wirtschaftspolitischen (monetären und fiskalischen) Mitteln eine positive Divergenz zwischen Profitabilität auf Investitionen und Zinsen auf Leihkapital zu schaffen. Kurz und einfach: die Zinsen mussten runter und die Profitrate rauf, dann würden arbeitsplatzwirksame Investitionen angeregt. Wenn es auf die stoffliche Seite der Investitionen und auf deren langfristige soziale und ökologische Folgen nicht ankommt, kann das überzeugen. Daher konnte Keynes, zwar mit leichter Ironie, aber doch ernsthaft, für zwei Eisenbahnlinien von London nach York plädieren, weil Arbeitsplätze entstanden, auch wenn diese unter Beachtung des produzierten Gebrauchswertes der Produkte zum Teil überflüssig waren. Das war schon vor gut 80 Jahren nicht überzeugend, heute wäre ein solches Vorgehen katastrophal. Denn wir befinden uns mittlerweile an den Grenzen des der Menschheit verfügbaren Umweltraums des Planeten Erde und daher auch an den Grenzen des Wachstums, die die Neoliberalen nicht sehen können und folglich schnöde ignorieren, und die Keynesianer mit Investitionsanreizen zu überwinden trachten. Dazu dienen vor allem Nachfrageimpulse durch Steigerung der Staatsausgaben und durch die Förderung des privaten Konsums, z. B. des Kaufs von Autos, subventioniert durch eine Schrottprämie. Das sind Milliarden, die die überkommenen Mobilitätsstrukturen erhalten, anstatt sie zu verändern. Dass sie dazu beitragen, dass die Nachfrage ausgeweitet wird, kann den politischen Strukturkonservatismus des staatsgetriebenen Keynesianismus nicht rechtfertigen.

Keynesianismus in grüner Couleur

Doch meldet sich inzwischen eine neue Spezies unter den Ökonomen und Wirtschaftspolitikern zu Wort, die ökologische Rücksichtnahme versprechen. Die "green Keynesians" sind dabei, den Post- und Monetär-, den Bastard- oder Angebotskeynesianern und sogar den erst jüngst aus dem Ei geschlüpften "privatisierten Keynesianern" (Colin Crouch, vgl. Young 2009) den Schneid abzukaufen. Seit dem Amtsantritt Obamas hoffen die Ökonomen nicht nur auf ein Maxi-spending zur Ankurbelung der maroden US-Wirtschaft, sondern Ökologen auch auf deren grüne Verwendung im XXL-Format. Die Blaupausen eines "Green New Deal" oder

des "Global Marshall Plan" und eines "Planetary Contract" werden schon seit langem propagiert, von UNO-Organisationen wie UNEP und ihren Repräsentanten, vom Generalsekretär der UNO Ban Ki-Moon, von den grünen Parteien, von Umweltorganisationen wie Greenpeace, von Lobby-Organisationen oder von Internetbloggern (z.B. www.facebook.com/group.php?gid=42500495669). Der Einsatz für den Green New Deal setzt ein Grundvertrauen in die Funktionsfähigkeit und Reformfähigkeit des kapitalistischen Weltsystems, in die sozial und ökologisch positive Wirkung massiver Finanzspritzen und die prinzipielle Krisenfestigkeit globaler Finanzmärkte voraus, wenn sie nur im Sinne langfristiger und nachhaltiger Anlagen politisch reguliert werden. Es braucht also auch Vertrauen in die politische Kompetenz von Regierungen und politischen nationalen und internationalen Organisationen. Ein "ökologisches Bretton Woods" (Umweltstaatssekretär Michael Müller) solle dies leisten, nämlich den Rahmen für die Entstehung ökologischer Märkte her- und gleichzeitig Kapital für eine soziale und umweltverträgliche Entwicklung in der Welt bereit stellen.

Ob allerdings in den grün angestrichenen Geschäftsfeldern ein guter Teil des brachliegenden und nicht entwerteten bzw. durch staatliche Infusionen ersetzten Kapitals investiv absorbiert wird, ist fraglich. Die Verwandlung der ökologischen Bedrohungen in ökonomische Chancen für Investoren ist nicht einfach und die Folgen des Nicht-Gelingens sind, wenn man bilanziert, sowohl für den privaten Finanzsektor als auch für das Staatsbudget, aus dem die Rettungspakete für die Banken finanziert werden, negativ. Denn nur wenn die Finanzinstitutionen *die durch die Nationalstaaten bereitgestellten finanziellen Rettungspakete als Kredite an solide Schuldner zu investiven Zwecken ausleihen können und nur wenn die Investitionen zumindest die Zinsen einbringen, ist eine Rückzahlung der staatlichen Rettungspakete an die öffentlichen Kassen zumindest zu einem Teil gewährleistet, sonst nicht. Es müssen also Überschüsse real produziert werden - obwohl doch an den Grenzen des Umweltraums aus ökologischen Erwägungen Überschüsse auf Dauer und über die gesamte Wirtschaft hinweg nicht in Frage kommen.*

Doch die Quadratur des Kreises, durch die Spitzen und Kanten der kapitalistischen Krise geglättet und gerundet werden, scheint möglich. Der Exekutiv-Direktor von UNEP, Achim Steiner, umschrieb Voraussetzungen und Erwartungen des grünen Keynesianismus bzw. des "grünen new deal" so: "We move from mining the planet to managing and re-investing in it". Steiner gibt die Investitionen mit jährlich an die 1000 Milliarden US-Dollar an. Mit viel Geld kann man bekanntlich Berge versetzen und zugleich die Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigen, weil ja neue und profitable Investitionsgelegenheiten geschaffen werden. Ob dies freilich der Natur des Planeten Erde gut tut, ist nicht sicher. Daher wird auf die "green technological revolution" verwiesen, damit Gutes "for business, for the environment and for development, ?for the poor and the well-off alike" getan werden kann (alle Zitate aus einer Presseerklärung von UNDP vom 22. Oktober 2008 über den "Global Green New Deal" www.unep.org, download 6. Januar 2009).

Auch green investment muss freilich lohnend, sprich profitabel für Anleger gemacht werden. Daher muss ein Überschuss produziert werden, aus dem die Renditen des "green investment" abgezweigt werden können. Ohne Wachstum ist dies ausgeschlossen und daher bleibt der grüne Kapitalismus, wie der schwarze fossile Kapitalismus auch, auf Wachstum angewiesen. Der staatsgetriebene, grüne Kapitalismus nimmt also nicht die Route der "de-growth-economy". Eine kapitalistische Wirtschaft ohne Akkumulation und daher ohne Wachstum ist ausgeschlossen, und wenn das Wachstum ausbleibt, dann ist dies Ausdruck der Krise mit all ihren bekannten Erscheinungen, vom Verlust von Arbeitsplätzen, der Prekarisierung von Lebensverhältnissen bis zum Bankrott von Unternehmen und Banken. Der ökologische Keynesianismus wird daher nur dann ein seriöses Konzept, wenn er seine soziale Grundlage, die kapitalistische Form der Überschussproduktion in Frage stellt.

Doch wenn man wie der deutsche Finanzminister Steinbrück "in den Abgrund" der Finanzkrise geschaut hat, stimmt eine grüne Fassade des Kapitalismus zunächst hoffnungsfroh. Also ist eine grüne Marktwirtschaft attraktiv. Damit sie funktionieren kann, müssen natürliche Ressourcen und Senken in "Naturkapital" verwandelt werden. Die Natur wird "in Wert gesetzt", also gewissermaßen verdoppelt: der Naturform wird die Wertform aufgesetzt. Dies hat zur Folge, dass nun mit der Rationalität einer kapitalistischen Geldgesellschaft auch die optimale Verwendung von Natur kalkuliert werden kann - optimal im Sinne der globalen Kapitalkreisläufe, nicht im Sinne irreversibler, in der Zeit gerichteter Prozesse der Natur.

Naturkapital und dessen Verwertung

Die Natur wird in diesem Verständnis nicht als eine Einheit, sondern als eine Ansammlung von Ressourcen und Senken betrachtet. Nicht alle sind ökonomisch wertvoll. Sie können daher nicht in Wert gesetzt werden und sind für den kalkulierenden Kapitalisten, gleichgültig welcher Couleur, irrelevant. Wenn die wertlosen Naturstücke zerstört werden, gibt es zumindest keinen ökonomischen Schaden. Die wertvollen Ressourcen und Senken jedoch werden in privates Eigentum, in Waren verwandelt, die auf Märkten gehandelt werden können und daher einen Preis erhalten. Mit drei Beispielen lässt sich dies erläutern.

Zum Beispiel Erdöllagerstätten. Sie werden von den Eigentümergesellschaften (privaten oder staatlichen Konzernen) bewertet und in die Bilanz genommen. Öl kann im Boden verbleiben, wenn dafür dem Eigner Geld gezahlt und damit die Opportunitätskosten ersetzt werden. Das ist der Vorschlag des ecuadorianischen Präsidenten Rafael Correa: 920 Mio US\$ to "leave the oil in the soil", für den Verzicht auf die Inwertsetzung einer Ressource. Dabei geht es nur um ein Ölfeld. Was würde passieren, wenn alle Öleigner das machen? Sie würden über immense Summen von Geld verfügen, das sie, wenn Öl nicht mehr gefördert werden darf, gar nicht ausgeben könnten, ohne eine Inflation auszulösen. Auch für die Erarbeitung von wirtschaftspolitischen Alternativen in der gegenwärtigen Lage gilt ein kategorischer Imperativ: Nur jene Alternativen sind tragfähig, die nicht nur im Einzelfall angewandt werden können, sondern die verallgemeinerbar sind.

Zum Beispiel tropische Regenwälder. Auch Wälder erhalten im Klimakapitalismus einen Wert, wobei tropische Regenwälder auf ihre Funktion als Kohlenstoffspeicher reduziert werden. "Reducing Emissions from Deforestation and Degradation" (REDD) ist auch ein Versuch, die Opportunitätskosten der Nicht-Abholzung in Rechnung zu stellen und vor allem von den Industrieländern als den Hauptemittenten von Treibhausgasen Kompensationszahlungen zu verlangen. Dabei könnte der Mechanismus des Emissionshandels genutzt werden, der seit einigen Jahren in der Europäischen Union mit mäßigem Erfolg praktiziert wird. Allerdings müsste das System von der kostenfreien Zuteilung auf die Versteigerung von Emissionsrechten umgestellt werden, weil sonst keine Einnahmen zu erzielen wären, die zur Kompensation des Verzichts auf Abholzung von Regenwäldern transferiert werden müssten.

Zum Beispiel durch hoheitlichen Akt geschaffene Rechte für Emissionen von Treibhausgasen in die Atmosphäre. Sie erhalten eine Börsennotierung. Die Investitionen in den Klimaschutz werden zum großen Geschäft, wenn man den Emissionshandel im Zuge des derzeit vorbereiteten und in Kopenhagen 2009 zu verabschiedenden Kyoto II-Abkommens globalisiert. Das Volumen des europäischen Emissionshandels beträgt derzeit weniger als 100 Mrd US\$, weltweit rechnen Optimisten mit einem Potential von bis zu 20.000 Milliarden US-Dollar, zumal wenn der Klimaschutz auch die Verhinderung der Abholzung und Degradierung der Wälder einbezieht. Das sind wahrscheinlich übertriebene Erwartungen, da der Emissionshandel wohl nur dann in diesen Größenordnungen in Gang kommen kann, wenn alle Länder zustimmen und möglichst viele Branchen einbezogen werden - und wenn die Finanzmärkte sich nach der Krise "normalisieren". Wann dies sein wird, ist Anfang 2009 nicht absehbar. Wenn man Klimapolitik mit "marktbasierenden Instrumenten" den Finanzjongleuren auf globalen Finanzmärkten überlässt, kommt in ihren Kreisen Hoffnung auf. Klimapolitiker hingegen können bei diesen Aussichten eines finanzgetriebenen Klimaschutzes in tiefe Depressionen geraten (vgl. Altwater/ Brunnengräber 2008).

Im Klimaschutz bieten sich also günstige Investitionsgelegenheiten, jedenfalls auf den ersten Blick. Was in den Klimaberichten der UNO zunächst als die Drohung des heranrückenden Klimakollaps präsentiert wird, erscheint auf den zweiten Blick als Chance. Im Stern-Report (2006) besteht die Bedrohung darin, dass durch den Klimawandel ein Fünftel des globalen Sozialprodukts verloren gehen könnte. Auch hier wird der Logik der Inwertsetzung gefolgt und die Verwandlung der Natur in eine lebensfeindliche Umwelt in Geld kalkuliert. Der Zusammenbruch des Klimas mit seinen sekundären Folgen wird übersetzt in einen großen geldwerten Verlust. So ergibt sich die Chance beim Vergleich von Kosten und Opportunitätskosten. Das Unglück für die Menschheit könnte nämlich abgewendet werden, wenn 1 Prozent des globalen BIP in den Klimaschutz investiert wird. Welch eine Illusion! Die Veränderungen der Natur, die Verluste von Arten beispielsweise sind irreversibel; die Kalkulation in Geld aber erzeugt den Eindruck, als ob man sich loskaufen und Schäden an und in der Natur durch Geldzahlungen rückgängig machen könnte. Naturkapital und finanzielles Kapital sind in dieser fettschhaften Vorstellungswelt substituierbar, weil sie als Kapital in Euro oder US-Dollar kalkuliert werden.

Wenn man erst einmal die Natur als "Naturkapital" in Geldgrößen kalkuliert, ergeben sich ungeahnte Möglichkeiten für weitere Investitionen: zur Extraktion mineralischer Rohstoffe, zur Inwertsetzung der Meeresböden und zum Anbau von Agro-Kraftstoffen etc.. Ganze Landstriche können in Monokulturen von Agrosprit verwandelt werden. Dies wäre sehr konfliktreich, da nicht nur soziale Bewegungen, z.B. Bauernorganisationen wie *via campesina* sich mit sozialen und ökologischen Argumenten gegen die Monokulturen großer Agro-Konzerne wehren. Auch politische und wissenschaftliche Institutionen in den Industrieländern raten wegen der negativen Konsequenzen für die Biodiversität und den Wald- und Klimaschutz zur Vorsicht (z.B. WBGU 2008). Dennoch gelten Investitionen in angebliche Nachhaltigkeit als "ökologischer Keynesianismus", auch wenn damit große Zerstörungen und soziale Konflikte verbunden sind und das Mobilitätsregime des individuell genutzten Autos in die Zukunft verlängert wird. Der grüne Kapitalismus kann also genauso wenig wie der schwarze Kapitalismus auf Geld, auf die Produktion von Überschüssen, auf Akkumulation und Wachstum verzichten.

Hier aber kommt der Staat ins Spiel, und zwar nicht nur als Wohltäter der abgewirtschafteten Banken. Wenn grüne Investitionen nicht genügend Profit bringen und daher unterbleiben, muss die öffentliche Hand sie durchführen. Nach mehreren Jahrzehnten der wilden Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Räume kann es nun zu einer Wiederherstellung und Wiederaneignung öffentlicher Räume kommen. Das ist unverzichtbar für die Weiterentwicklung einer sozialen Demokratie, die von sozialen Bewegungen getragen wird. Dies wäre die positive Vision des ökologischen Keynesianismus. Der Kapitalismus wäre staatsgetrieben, aber der Staat würde nicht vor allem im Interesse der Banken und Unternehmen funktionieren. Der Staat selbst wäre nämlich auch getrieben, von sozialen Bewegungen, von Bürgerinnen und Bürgern in öffentlichen Räumen demokratischer Partizipation.

Literatur

Altwater, Elmar/ Brunnengräber, Achim (2008): *Ablasshandel gegen Klimawandel? - Marktbasierte Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen*, (VSA) Hamburg

Harvey, David. 2003. *The New Imperialism*, Oxford: Oxford University Press.

IMF (2008): International Monetary Fund, *Global Financial Stability Report 2008*, Washington D.C. (www.imf.org)

Stern, Nicholas. 2006. *Stern-Review on the Economics of Climate Change*, Her Majesty's Treasury. Government of the United Kingdom.
www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/sternreview_index.cfm

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung *Globale Umweltveränderungen (2008): Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung*, WBGU

Young, Brigitte (2009): *Vom staatlichen zum rivatisierten Keynesianismus*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Juni 2009 (im Erscheinen)

Quelle:

http://die-linke.de/programm/wortmeldungen/archiv_die_gegenwaertige_krise/wortmeldungen/ein_oekologische_keynesianismus_idee_und_kein_projekt

Druckdatum: 8. Juni 2010 13:36h